



JuLis Münster fordern einheitliches Rauchverbot

## Rauchende Köpfe statt qualmende Zigaretten

**Mit neun Ja-Stimmen haben sich die Jungen Liberalen (JuLis) Münster am Sonntagabend auf ihrem Kreiskongress für ein einheitliches Rauchverbot ausgesprochen. Fünf Mitglieder stimmten mit „Nein“. Bis jedoch abgestimmt werden konnte, wurde viel diskutiert.**

Über eine Stunde wurden die Argumente ausgetauscht, dabei war fast jede Meinung vertreten. Einigen ging der Antrag gar nicht weit genug. „Im Vergleich mit dem europäischen Ausland oder gar mit den USA wäre ein Rauchverbot wie wir es hier fordern immer noch sehr harmlos“, brachte es einer der Befürworter auf den Punkt. „Die Nichtraucher sind doch mündige Bürger. Wieso müssen wir etwas regeln, was sie genauso gut selbst entscheiden können?“ fragte ein „Gegner“ des Rauchverbots.

Auch drei Änderungsanträgen wurde am Ende nicht zugestimmt. Einer sah vor, zumindest das Rauchen in Fernzügen – so wie es aktuell auch erlaubt ist – zu erlauben. Einer sollte das Rauchen auch im Außenbereich von Gaststätten, wie zum Beispiel einer Terrasse, verbieten. Der dritte Antrag, der explizit „Raucherzonen“ schaffen sollte, um so den Bereich der „öffentlichen Plätze“ besser abzugrenzen, fand ebenfalls keine Mehrheit. „Die Freiheit des Einen endet bei der Freiheit des Anderen!“ Damit konnte Matthias Gruber, Mitglied des Vorstandes der JuLis Münster, die Befürworter des Antrages überzeugen. Am Ende kam die Mehrheit in geheimer Abstimmung zu Stande.

Für weit weniger Diskussionen sorgten die beiden anderen Anträge. Einstimmig fordern die JuLis Münster die Landesregierung NRW auf das Landesverfassungsschutzgesetz spätestens 2009 zu ändern. Der so genannte



„große Lauschangriff“ und die Möglichkeit der Verfassungsschützer heimische PCs durchsuchen zu dürfen und dies dem Betroffenen nicht mitteilen zu müssen, ist aus Sicht der JuLis nicht akzeptabel. „Dem Betroffenen fehlt die Möglichkeit Rechtsschutz erwirken zu können. Außerdem wendet der Verfassungsschutz in NRW ohnehin den „großen Lauschangriff“ wegen verfassungsrechtlicher Bedenken nicht an“, begründete die Kreisvorsitzende und Antragsstellerin Petra Pabst den Antrag.

Unter der Überschrift „GTK-Novelle als Qualitätsoffensive nutzen“ fordern die JuLis Münster keine Kindertagesstätten zu schließen, sondern vielmehr die Kindergruppenstärke auf unter 20 zu senken. Darüber hinaus sollen flexiblere Buchungszeiten bei den Betreuungsangeboten den Eltern helfen Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Außerdem fordern sie die Einführung des entsprechenden Gesetzes erst zum Sommer 2008, da die Planungen für die Träger bis dahin bereits abgeschlossen sind.

Alle drei Anträge werden nun auch auf dem Kreisparteitag der FDP Münster und dem Landeskongress der JuLis NRW im März bzw. April gestellt.

Weitere Infos unter [www.julis-ms.de](http://www.julis-ms.de)

*Der Text enthält 388 Worte bzw. 2794 Zeichen*